

FDP - Fraktion Ludwigsburg

1) Herr Oberbürgermeister, meine Damen und Herren,

in meiner letzten Haushaltsrede möchte ich darlegen, wie die FDP- Fraktion einen generationengerechten Haushalt ohne reale Neuverschuldung und ohne Steuererhöhung als kommunalpolitisches Ziel anstrebt.

Ein Haushalt, der die reale Verschuldung anhebt, ist nicht generationengerecht, denn er belastet die gegenwärtige und vielleicht auch zukünftige Generation mit Zins und Tilgung. Ein Haushalt, der die Steuersätze anhebt, belastet damit ebenfalls die gegenwärtige und die zukünftige Generation.

Beide Verfahrensweisen - Steuererhöhungen oder reale Neuverschuldung – bezwecken nicht Gerechtigkeit. Sie bewirken die Einschränkung der Verfügungsfreiheit und Unabhängigkeit der Menschen zugunsten angeblich höherer Staatszwecke.

Die Haushaltslage der Stadt Ludwigsburg ist relativ gut. Die Nettosteureinnahmen sind in den letzten 9 Jahren (von 2003 – 2012) um gut 40 % (von ca. 54 auf 76 Millionen Euro) gestiegen. Im kommenden Jahr 10. Jahr wird sich dieser Anstieg weiter fortsetzen.

Die Stadt hat hohe Rücklagen und zukünftig deutliche Einnahmeverbesserungen durch den Kauf des Stromnetzes.

Die Kämmerei hat für die Jahre 2014 – 2016 vorsichtig einen Puffer bei den Steuermehreinnahmen eingebaut, indem sie die Steuermehreinnahmen der Stadt um 5.6 Millionen Euro niedriger kalkuliert als im Haushaltserlass des Landes vorgesehen.

Auch für 2013 darf man nach den letzten Steuerschätzungen mit weiteren Mehreinnahmen rechnen.

Nach der Haushaltsklausur gab es im Vergleich zum Erstentwurf des Haushaltsplans spürbare Ausgabenminderungen.

Die Senkung des Kreisumlagesatzes brachte eine Ausgabenersparnis gegenüber dem Plananschlag von 560 000,- Euro. Wir dürfen dazu sagen, dass die FDP- Kreistagsfraktion bei dieser zusätzlichen Ausgabenersparnis initiativ und aktiv mitgewirkt hat.

Darüber hinaus hat uns die Stadtverwaltung mitgeteilt, dass wir im Verantwortungsbereich von Bürgermeister Seigfried mit einer Ausgabenersparnis von bis zu 285 000,- Euro gegenüber dem Haushaltsplanentwurf rechnen dürfen.

Im übrigen hat Ludwigsburg vergleichsweise mäßige Realsteuerhebesätze. Trotzdem oder gerade deshalb zahlen die Ludwigsburger relativ viel.

Im Vergleich mit den 24 anderen Großen Kreisstädten der Region Stuttgart liegen die Ludwigsburger Gesamtsteuereinnahmen pro Kopf der Einwohner immer im ersten Drittel der großen Kreisstädte der Region Stuttgart.

FDP - Fraktion Ludwigsburg

2) Deshalb beantragen wir, dass die Realsteuerhebesätze unverändert bleiben !

Wir sind gegen die Erhöhung der Grundsteuer, weil

- a) diese in den letzten Jahren schon zweimal erhöht wurde,
- b) die Grunderwerbssteuer erhöht wurde,
- c) im Zuge der Energiewende die Heizungskosten steigen werden,
- d) das EEG zusätzliche Belastungen bei Renovierung und Neubau bringt,
- e) die steigenden Baupreise das Wohnen weiter belasten.

Wir zeigen auch auf die Verteilungswirkungen. Im Gewerbe wird die Grundsteuer ganz und bei den Mietwohnungen teilweise auf die Mieter überwältzt. Bei der Wohnungsbau Ludwigsburg trifft die Überwälzung der Grundsteuer vorwiegend Einkommensschwächere.

Die Gewerbesteuerereinnahmen in Ludwigsburg haben sich in der langfristigen Tendenz klar nach oben entwickelt. Da diese Einnahmen starken konjunkturellen und durch die Mechanismen des Finanzausgleichs verursachten Schwankungen unterliegen, kommt es bei der Bewertung natürlich stark auf den Betrachtungszeitraum an.

Für die Zeit von 2003 bis 2011 haben wir eine Steigerung der Gewerbesteuer netto von 37,5 auf 65 Millionen Euro, also knapp 75 %. Für denselben Zeitraum wuchs die Gewerbesteuer brutto von 53 Millionen Euro auf 80 Millionen Euro, also um ca. 50 %.

Das ist darauf zurückzuführen, dass Ludwigsburg eine interessante Stadt für Gewerbeansiedlung und Arbeitsplätze ist. Das zeigt aber auch, dass die Gewerbesteuerereinnahmen bei einem konstanten Steuersatz und Wirtschaftswachstum von selbst steigen, weil sie ertragsabhängig sind. Wer also den Gewerbesteuersatz ständig erhöhen will, der will eine Einkommensumverteilung weg von den Arbeitern und Unternehmern hin zum Staat. Wir wollen das nicht !

Selbst der hartgesottenste Fiskalist müsste einsehen, dass eine Erhöhung des Gewerbesteuersatzes langfristig keineswegs zu höheren Einnahmen führen muss, sondern im Gegenteil zu Mindereinnahmen führen kann.

Unterdurchschnittliche Gewerbesteuerhebesätze führen in der Regel zu überdurchschnittlichen Einnahmen pro Einwohner.

Überdurchschnittliche Gewerbebesteuersätze führen in der Regel zu unterdurchschnittlichen Einnahmen pro Einwohner.

Dies sind keine aus der Luft gegriffene Behauptungen. Ich habe diese Thesen anhand des von der IHK für die Region Stuttgart vorgelegten Zahlenmaterials zu den Kommunal финанzen 2008, 2011 und 2012 überprüft und bin gerne bereit, Herr Kiedaisch, das Zahlenmaterial im persönlichen Gespräch vorzulegen.

FDP - Fraktion Ludwigsburg

3) Unser Fazit: Gerade unter dem fiskalpolitischen Gesichtspunkt der Einnahmeerzielung ist ein mäßiger Steuersatz eine aussichtsreiche und marktwirtschaftliche Maßnahme der Wirtschaftsförderung.

Uns wird entgegengehalten, dass die Ergiebigkeit der Gewerbesteuer von der Struktur des ortsansässigen Gewerbes abhängt. Das ist nicht falsch. Aber angesichts der Ludwigsburger Markungsenge empfehle ich immer wieder einen mäßigen Gewerbesteuerhebesatz mit knappheitsgerechten Preisen für die Vergabe von gewerblichen Grundstücken zu verknüpfen. Beide Maßnahmen gehören zusammen wie die beiden Seiten einer Goldmünze. Der knappheitsgerechte Grundstückspreis hält ertragsschwache Firmen von der Ansiedlung ab. Der mäßige Steuersatz zieht ertragsstarke Firmen an. Es entsteht eine ertragsstarke Firmenstruktur mit der Perspektive eines nachhaltigen Anstieges der Einnahmen.

Für das nächste Jahr bedeutet der Verzicht auf Steuererhöhungen einen Einnahmeausfall von knapp 4 Millionen Euro. Zum Ausgleich unterbreiten wir Vorschläge zu Ausgabenminderungen und Einnahmeerhöhungen, die Anträge werden, wenn sie gleichzeitig Steuererhöhungen verhindern.

Erstens: Die Gewinnausschüttung der städtischen Holding wird von 1.5 Millionen Euro auf 3.7 Millionen Euro erhöht. Nach Abzug der Kapitalertragssteuer führt dies zu einer Verbesserung des Verwaltungshaushaltes von netto 1,8 Millionen Euro.

Zur Begründung: Die städtische Holding Ludwigsburg behält in diesem Jahr einen Bilanzgewinn von 3.7 Millionen Euro als Gewinnrücklage ein. Zusammen mit den Gewinnrücklagen der vergangenen Jahre kommt die Holding auf eine Verstärkung ihrer Eigenkapitalbasis von 13.5 Millionen Euro auf das Dreifache ihres bisher gezeichneten Kapitals samt Kapitalrücklage. Die Bildung dieser Gewinnrücklagen war notwendig, um den Kauf des Stromnetzes mit ca. 30 Millionen Euro und einem Eigenkapitalanteil von 40 % zu finanzieren. Da dieser Anteil erreicht ist, wird eine Einbehaltung des Bilanzgewinns ab 2013 nicht mehr nötig.

Die Restfinanzierung des Kaufpreises für das Stromnetz könnte über ein Darlehen der Stadt an die Holding erfolgen. Dies würde zu einer Verbesserung der Einnahmen der Stadt führen, weil deren Geldanlagen nur schlecht angelegt sind, nämlich in niedrig verzinslichem Schwundgeld.

Als Alternativen dazu käme noch die Fremdfinanzierung am Kapitalmarkt hinzu oder die Beteiligung der Bürger mit Anteilen. In beiden Fällen müsste die Stadt gutes Geld verdienen. Wir zögen allerdings die Bürgerbeteiligung vor, weil sie eine echte Partizipation der Bürger wäre und diese vor der schleichenden Enteignung ihrer Ersparnisse schützen könnte.

Zweitens: Die Zuführung vom Verwaltungshaushalt in den Vermögenshaushalt wird um 1.5 Millionen Euro gekürzt. Der Restbetrag von 0,6 Millionen Euro reicht vollkommen aus, um unsere Tilgungsverpflichtungen zu erfüllen. Der Mindestbetrag der allgemeinen Rücklage bleibt weiter erhalten. Die im Vermögenshaushalt entstehende Lücke wird aus den freien Rücklagen geschlossen.

FDP - Fraktion Ludwigsburg

4) **Drittens:** Die Parkierungsanlagengesellschaft muss Kostendeckung erreichen. Das bedeutet, dass die PAG gehalten ist, ihr Einnahmedefizit von rund 1,0 Millionen Euro auszugleichen.

Daraus folgen nach Steuern dauerhafte Mehreinnahme^m im Verwaltungshaushalt von 0,85 Millionen Euro. Da die Erhöhung der Parkgebühren in mehreren Schritten erfolgen sollte, schlagen wir für 2013 nur 0,35 Millionen Defizitabbau vor, evtl. kombiniert oder gefolgt von Attraktivierungsmaßnahmen, für die das Geld schon bereit steht.

Wesentliche Einflüsse auf die Kundenströme in der Innenstadt erwarten wir nach den Erfahrungen mit der Wilhelm- Galerie und mit der Parkierungssituation in Stuttgart nicht. Es wäre nach meiner Meinung eine wichtige Aufgabe der Stadtverantwortlichen in Wort und Schrift zu kommunizieren, dass die Stadt Ludwigsburg die Autofahrer nicht abzocken, sonder^m nur ihre Kosten decken will.

Viertens: Die Zuführung für das US- Lease Geschäft wird um 0,1 Millionen Euro gekürzt. Da wir für die Risiken des Cross-border-leasing schon erhebliche Sonderrücklagen gebildet haben und das Verlustrisiko ständig abnimmt, können die weiteren Rückstellungen geringer dotiert werden.

Fünftens: Nachdem Herr Seigfried den Fraktionsvorsitzenden mitgeteilt hat, dass eine bestimmte Position in seinem Verantwortungsbereich mit ca. 0,25 Millionen Euro zu hoch veranschlagt wurde, nehmen wir die Berichtigung dieser Summe als letzten konkreten Baustein für die Gegenfinanzierung.

Wer nachzählen will, kommt mit unseren Ausgleichsmaßnahmen 1 – 5 auf eine Gesamtsumme von 4.0 Millionen Euro.

Ich mache darauf aufmerksam, dass es weitere finanzielle Spielräume gibt.

Den weiteren Defizitabbau der Parkierungsanlagen und die Zusatzerträge bei der Holding für den Kauf des Stromnetzes habe ich schon benannt aber für 2013 nicht veranschlagt. Die von der Stadtverwaltung bereits vorgesehene Erhöhung der Globalen Minderausgaben für die Jahre 2014 – 2016 könnte um ein Jahr vorgezogen werden. Das brächte schon für das Jahr 2013 eine Entlastung des Verwaltungshaushaltes um weitere 0.5 Millionen Euro.

Die Personalausgaben könnten nur um 3,6 % erhöht werden mit einer Ersparnis von 0,3 Millionen Euro gegenüber dem Ansatz im Haushaltsplan..

Längerfristig muss mehr geschehen. Wir freuen uns zum Beispiel, dass die finanzielle Ausstattung der Tagesmütter aufgewertet wurde. Frauen und Omas, die Kinder und Enkel betreuen wollen und können, werden für diese wichtige Aufgabe in Zukunft nicht mehr nur mit einem „Vergelt's Gott“ abgespeist. Der Einsatz von mehr Tagesmüttern erspart uns laufende Ausgaben und die hohen Investitionen für neue Betreuungsplätze, die man später vielleicht nicht mehr braucht.

FDP - Fraktion Ludwigsburg

5) Wir wollen nicht verschweigen, dass die Eltern für die gestiegenen Betreuungsmöglichkeiten und die damit verbundenen Berufschancen höhere Elternbeiträge bezahlen sollten.

Die Ausbaustandards für öffentliche Gebäude müssen nicht den höchsten Anforderungen entsprechen.

Heute als selbstverständlich erachtete, aber noch nicht durchfinanzierte Investitionen in öffentliche Gebäude müssen auf spätere Zeiten verschoben werden.

Die von der Stadtverwaltung bereits erfolgreich begonnene interkommunale Zusammenarbeit muss weiter verstärkt werden.

Wir behaupten, dass es in den back-office Bereichen der Verwaltungen und darüber hinaus gewaltige Synergieeffekte geben kann.

Abschließend betone ich nochmals, dass unsere Vorschläge nur dann zu Anträgen werden, wenn sie mit unserem Ziel der Vermeidung von Steuererhöhungen verknüpft sind.

Wir gehen in die Haushaltsberatungen mit dem Ziel, die Bürger vor weiteren Belastungen zu verschonen.